

Krisenkosten gerecht verteilen!

„Wirtschaftswachstum alleine wird nicht ausreichen, um die Folgen der Pandemie zu stemmen. Es braucht eine faire Verteilung der Krisenkosten. Zum Beispiel eine Steuer auf ein Vermögen, das mehr als eine Million Euro beträgt“, fordert AK-Präsident Peter Eder.

Baustelle Gerechtigkeit: Vermögen und Steuerlast sind in Österreich höchst ungleich verteilt. Eine aktuelle Studie der AK zeigt nun auf, dass diese Ungleichheit noch wesentlich krasser ist, als bisher angenommen: Das reichste Prozent der Österreicherinnen und Österreicher besitzt mehr als 90 Prozent der Gesamtbevölkerung zusammen.

Schief lagen, wohin man schaut

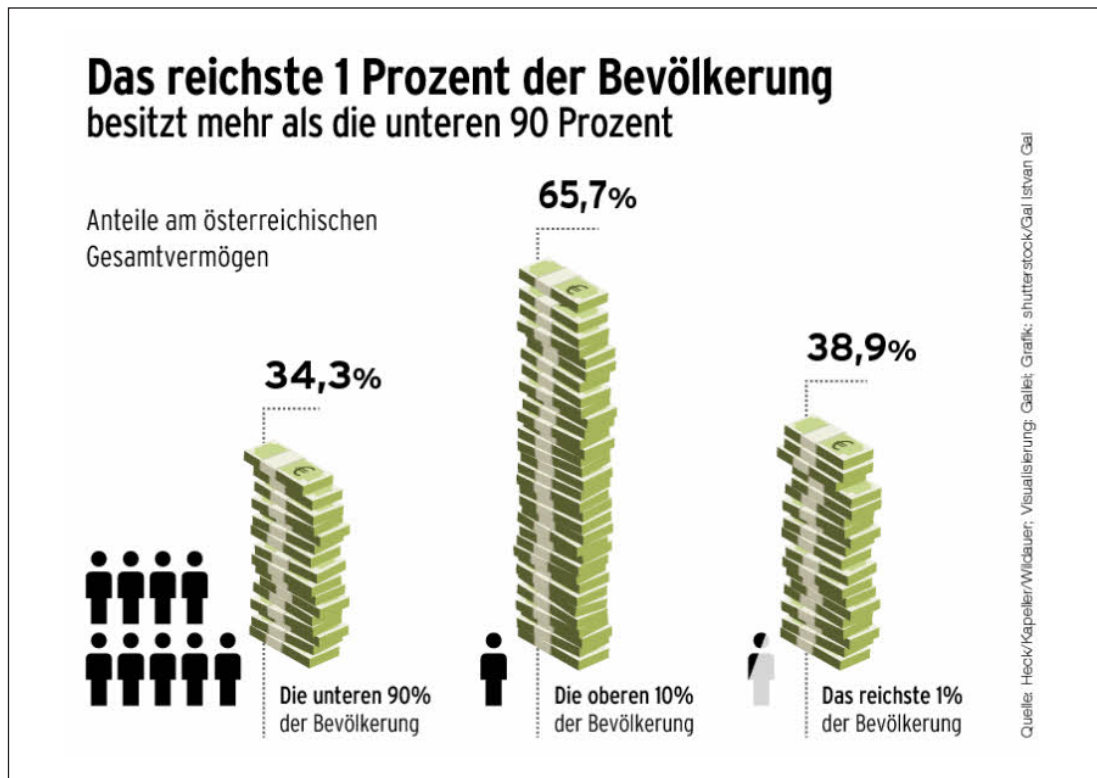
„Schon jetzt zahlen Arbeitslose, Menschen in Kurzarbeit und viele kleine Selbstständige durch Jobverlust oder Einkommenseinbußen für die Krise. Und bei den bis 2024 angekündigten Corona-Staatshilfen werden die Beschäftigten erneut benachteiligt,“ kritisiert AK-Präsident Peter Eder. Von den vorgesehenen rund 52 Milliarden Euro sollen mehr als 40 an die Unternehmen und weniger als zwölf an die Beschäftigten fließen. Anders gesagt: Von zehn Hilfs-Euro erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur drei. Doppelt bitter, denn umgekehrt zahlen die Beschäftigten und Konsumenten von zehn Steuer-Euro, die der Staat einnimmt, satte acht.

Hohe Vermögen besteuern

Die Bundesregierung versichert, die Krisenkosten könnten allein durch das Wirtschaftswachstum kompensiert werden. Aus Sicht der AK wird das allerdings nicht ausreichen. Im Gegenteil: Ein „Engerschnallen“ des Gürtels

und Sparpakete auf dem Rücken der Beschäftigten wie nach der Finanzkrise 2008 sind zu befürchten. AK-Präsident Peter Eder: „Es geht mehr denn je um Verteilungsgerechtigkeit, da darf ein Beitrag der Vermögenden kein Tabu sein. Deshalb fordern wir

eine stufenweise Steuer auf hohe Vermögen und Erbschaften ab einer Million Euro.“ Nach Berechnungen der AK würde das bis zu elf Milliarden Euro in die Staatskasse spülen. Ausweicheffekte einberechnet, bleiben immer noch neun Milliarden Euro.



Peter Eder: „Jobs schaffen, nicht verhindern“

Auch wenn sich der Arbeitsmarkt leicht erholt, ist noch lange nicht alles eitel Wonne. Noch immer sind 22.000 Menschen in Salzburg arbeitslos. Das ist um ein Viertel mehr als vor der Krise. Jetzt muss die Schaffung von Arbeitsplätzen oberste Priorität haben. Ausbau- oder Erweiterungsprojekte wie etwa im Europark und Outlet-Center oder beim Sonnenschutz-Hersteller Schlotterer sind wichtige Impulsgeber für den Arbeitsmarkt und sollten rasch umgesetzt werden.



AK-Präsident Peter Eder.

Allein beim Europark geht es um die Sicherung von sage und schreibe 2000 Jobs und 300 neue Arbeitsplätze. Bei Schlotterer soll sich durch die geplanten Investitionen die Anzahl der 550 Beschäftigten sogar mittelfristig verdoppeln.

Chancen auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dürfen sich, gerade in der jetzigen Krise, weder die Gemeinden noch das Land entgehen lassen. Es muss heißen: Jobs schaffen, nicht verhindern!